Bergischer Volksbote

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Bezugs-Preis: Bei der Post 4,50 Mark; durch unsere Boten gebracht 4,80 Mark; in der Geschäftsstelle abgeholt 4,20 Mark für das Vierteljahr.

zugleich

Burscheider Zeitung

Insertionsgebühren: Die 6gespaltene Borgiszeile oder deren Raum 40 Pfg., Reklamen 80 Pfg. die Zeile. Anzeigen werden spätestens bis Montag-, Mittwoch-, Freitag-Morgen 8 Uhr, Briefe u. Gelder franko erbeten.

№ 61. | Redaktion, Druck u. Verlag Herm. Claas, Burscheid. | Burscheid, Donnerstag, den 27. Mai 1920. | Fernsprecher Nr. 31. Postscheckkonto 28571 Köln. | 60. Jahrgang.

Stadtverordneten-Sitzung zu Burscheid
vom 20. Mai 1920.

An der Sitzung nahmen 23 Stadtverordnete teil und zwar die Herren Pulvermacher, Mebus, Deuster, Schmalhorst, Schmitz-Burscheid, Jörgens, Halbach,. Roth-Lungstraße, Bergfeld, Schmitter, Haas, Müller, Roth-Hilgen, Hötzer, Berger, Serzisko, Steinhaus, Buchfeld, Matheis, Frau Breidenbach, Backhaus, Begas, Keppeler, sowie Beigeordneter Hussels. Es fehlte Herr Schmitz-Lungstraße.

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Schmidt, eröffnete die Sitzung, die nur wenig Zuhörer angelockt hatte. Von dem Protokoll der letzten Sitzung vom 22. April sind den einzelnen Fraktionen Abschriften zugegangen; Einwendungen gegen dasselbe wurden nicht erhoben.

1. Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter und für das Einholen von Gas- und Wassergeld.

Der mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Wiesdorf abgeschlossene Tarif ist gekündigt worden. Eine Lohnerhöhung von 33⅓% wird vom 1. Juni 1920 ab gefordert. Nach den Beschlüssen der betreffenden Ausschüsse wird vorgeschlagen zu gewähren: den Handwerkern 5,20 Mark die Stunde, den Arbeitern 4,80 Mark; den Handwerkern bei der Gasanstalt und Herrn Fahrendorf 5,60 Mark für die Stunde, den Gasanstaltsarbeitern 5,40 Mark. Die Beiträge für die Kranken- und Invaliden-Versicherung soll die Gemeinde ganz tragen.

Der Lohnerhöhung wurde allerseits zugestimmt, jedoch entspann sich, wie auch bei der letzten Beratung, über die Übernahme der Beiträge für die Kranken- und Invaliden-Versicherung auf die Gemeinde wiederum eine längere Debatte, die wesentlich neues nicht zeitigte.

Schließlich wurde die Übernahme der Beiträge auf die Stadt mit Mehrheit angenommen.

Auch über die Einholung des Gas- und Wassergeldes wurde des längeren debattiert. Der Kommissionsbeschluß lautete dahin, der Frau Fahrendorf 900 Mark zu bewilligen.

Stadtv. Buchfeld stellte den Antrag, diese Arbeiten einem Kriegsbeschädigten zu übertragen.

Stadtv. Deuster hielt 900 Mark für zu wenig und beantragte, der Frau Fahrendorf 1200 Mark zu bewilligen.

Der Beschluß, der nach ausgedehntester Aussprache gefaßt wurde, ging dahin, der Frau Fahrendorf ab 1. Januar 1920 1200 Mark zu bewilligen. Weiterhin wurde vorgesehen, der Frau Fahrendorf zu kündigen, sobald ein geeigneter Kriegsbeschädigter, der diese Arbeiten übernehmen kann, gefunden ist.

2. Antrag der Hülfspolizeibeamten Herren Hötzer und Loosen um Gewährung von 150% der staatlichen Teuerungszulage.

Der Finanz-Ausschuß beantragt, den Hülfspolizisten Herren Hötzer und Loosen vom 1. Januar 1920 ab eine Teuerungszulage von 150% der staalichen Teuerungszulage zu gewähren.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß demgemäß.

Auf Anfrage teilte der Vorsitzende mit, daß den städtischen Beamten gemäß früherem Beschluß auch die den staatlichen Beamten gewährte Besatzungszulage ausbezahlt würde.

Stadtv. Deuster beantragte, die Besatzungszulage auch den Lehrern zu gewähren.

Der Vorsitzende bemerkte, daß er die Besatzungszulage auf die Besatzungskosten anrechnen werde.

3. Aufhebung der Hülfspolizeibeamten-Stellen und Einrichtung der Nachtwache.

Der Finanz- und Geschäftsordnungs- und der Beamten-Ausschuß haben gemäß dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. v. Mts. gemeinsam wegen Einrichtung der Nachtwache in Burscheid und wegen Aufhebung der Hülfspolizeibeamtenstellen verhandelt.

Vom Beamten-Ausschuß wurde der Vorschlag gemacht, entweder 3 Polizeiwachtmeisterstellen oder 2 solcher Stellen und eine Botenstelle neu einzurichten, alle Polizeibeamten abwechselnd im Tag- und Nachtdienst zu beschäftigen und ein ständiges Nachtwachtlokal zu unterhalten.

In diesen sehr eingehenden Beratungen wurde die Frage erörtert, ob die jetzigen Hülfspolizeibeamten mitangestellt werden könnten, ob die vorhandenen Polizeibeamten bei Anstellung eines Boten nicht mehr zum Nachtdienst heranzuziehen seien, ob nicht die Anstellung eines Nachtwächters im Wege des Privatdienstvertrages ausreiche oder ob 2 Nachtwächter und zwar hauptsächlich für den Ort Burscheid anzustellen seien und ob man die zeitigen Polizeibeamten zum Nachtdienst mitheranziehen solle oder nicht. Auch die Kostenfrage wurde behandelt und anerkannt, daß die Gemeinde so sparsam, wie nur möglich, wirtschaften müsse. Schließlich wurde beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, einen Polizeiwachtmeister und einen Boten anzustellen und alle Polizeibeamten abwechselnd Tag- und Nachtdienst verrichten zu lassen. Von der Einrichtung eines Nachtwachtlokals soll abgesehen werden. Als Bote ist ein Kriegsbeschädigter der Gemeinde Burscheid anzustellen. Die Hülfspolizeibeamtenstellen sind aufzuheben, sobald die Anstellung des Polizeibeamten und des Boten erfolgt ist. Die Herren Berger, Hussels und Matheis waren nicht für die Anstellung eines Polizeiwachtmeisters, sondern wünschten an dessen Stelle die Anstellung eines Nachtwächters im Privatdienstvertrage.

Stadtv. Buchfeld erklärte, daß seine Partei zu dem Ergebnis gekommen sei, die Hülfspolizeibeamten-Stellen aufzulösen und keine weiteren Beamten auch für den Nachtdienst einzustellen.

Die Stadtv. Schmalhorst, Deuster und Haas stimmten diesem zu und befürworteten die Anstellung eines Boten zur Entlastung der Polizeibeamten, die nötigenfalls Nachtdienst machen sollen.

Die Stadtverordneten-Versammlung war hiermit einverstanden.

Betreffend Anstellung eines zweiten kriegsbeschädigten Boten, der die Einziehung des Gas- und Wassergeldes übernimmt, sollen in nächster Sitzung weitere Vorschläge gemacht werden.

4. Erhöhung der Vergütung für Herrn Pfarrer Berg für Erteilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichts in der Bürgerschule, hier.

Herr Pfarrer Berg erteilt wöchentlich 8 Stunden schulplanmäßigen Religionsunterricht an die katholischen Schüler der Bürgerschule hier. Hierfür werden 300 Mark jährlich bezahlt. Auf seinen Antrag haben das Kuratorium der Bürgerschule und der Finanz-Ausschuß die Erhöhung auf 500 Mark vom 1. 4. 1920 ab vorgeschlagen.

Stadtv. Buchfeld bemerkte, daß nach reiflicher Überlegung mit seinen Parteifreunden dieselben eine Erhöhung aus prinzipiellen Gründen ablehnten.

Nach längerer Aussprache, die sich weit vom eigentlichen Beratungsgegenstande entfernte, wurde der Kommissionsbeschluß mit Mehrheit angenommen.

5. Erhöhung des Bürgerschulgeldes.

Das Bürgerschulgeld beträgt hier jährlich für die Kinder in Sexta 88 Mark, Quinta 108, Quarta und Tertia 124 Mark. Erhöhung auf 160 Mark für alle Klassen wird vom Kuratorium und Finanz-Ausschuß beantragt.

Dem Antrag der Ausschüsse wurde zugestimmt.

Der Vorsitzende teilte hierbei mit, daß jedes Kind in der Bürgerschule 114 Mark und in der Volksschule 210 Mark der Stadt koste.

6. Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920.

Der Haushaltsplan wurde genehmigt.

Wie der Vorsitzende ausführte, könne er noch keine bestimmten Vorschläge für die Umlage machen und behalte sich dieselben für die nächste Sitzung vor. Wahrscheinlich müßten bis zu 500% umgelegt werden.

7. Erlaß einer neuen Lustbarkeits-Ordnung.

Der vorliegende Entwurf wurde genehmigt.

8. Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.

Nach kurzer Aussprache wurde mit Mehrheit beschlossen, diesen Punkt zwecks näherer Orientierung an den Ausschuß zurückzuverweisen.

9. Zinsfuß für Sparkassen-Einlagen.

Der Sparkassenverwaltungsrat hat die Herabsetzung des Zinsfußes für Sparkasseneinlagen auf 3,6 v. H. beschlossen. Nach Anrechnung von 10 v. H. als Kapitalertragssteuer sind somit 3¼ v. H. an Zinsen zu zahlen. Guthaben im Scheckverkehr sollen mit 2½% verzinst werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß demgemäß.

10. Abtretung von 86 qm Grundfläche am Griesbergerweg an die Eisenbahnverwaltung.

Am Griesberger Weg sollen 86 qm Grundfläche zu 0,50 Mark per qm an die Eisenbahn-Verwaltung abgetreten werden. Die Vereinbarung war bereits im Jahre 1915 infolge einer stattgehabten Vermessung getroffen worden.

Die Stadtverordneten-Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung.

11. Vorschlag von 3 Sachverständigen zur Abschätzung von Gegenständen, welche übertragbarer Krankheiten wegen vernichtet oder desinfiziert werden mußten.

Auf Ersuchen des Kreisausschusses wurden die Herren Ferd. Erdt, Otto Beller, Ernst Mebus vorgeschlagen.

12. Vorschlag von 5 Personen zur Abschätzung der auf polizeiliche Anordnung getöteten oder an Seuche gefallener Tiere.

Die bisherigen 4 Herren sollen wiedervorgeschlagen werden und Herr Otto Haas hinzukommen.

13. Wahl eines Vertrauensmannes für die Kaiser Wilhelm II. Augusta-Viktoria-Stiftung.

Die Stiftung gehört dem Kreise. Sie beträgt 125 000 Mark. Die Zinsen werden zu Kriegswohlfahrtsausgaben verwandt. Jede Gemeinde des Kreises hat das Recht, einen Vertrauensmann wählen zu lassen. Seitheriger Vertrauensmann war Herr Robert Brosius.

Herr Brosius wurde wiedergewählt.

14. Gesuch des Gabelsberger-Stenografenvereins, hier, um Hergabe eines Unterrichtsraumes in der Schule an der Viktoriastraße.

Der Bau- und Finanz-Ausschuß befürwortet den Antrag des Gabelsberger Stenografenvereins, um Überlassung eines Raumes zu Unterrichtszwecken an den Freitagabenden.

Dem Gesuch wurde stattgegeben.

15. Antrag der Gemeinde Leichlingen auf gemeinsames Anrufen eines Schiedsgerichts wegen Herstellung von Hausanschlüssen an die elektrische Leitung seitens des Elektrizitätswerkes.

Die Gemeinde Leichlingen möchte ein Schiedsgericht zur Entscheidung der Frage anrufen, ob das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk verpflichtet ist, Hausanschlüsse bis zu 7 Meter Kabel und 15 Meter Freileitung auch nach der eingetretenen Überteuerung kostenlos herzustellen, wie dieses der Vertrag vorsieht. Es wird angefragt, ob die Gemeinde Burscheid gemeinsam in dieser Beziehung mit vorgehen will. Die Gemeinde Burscheid hat keinen Vertrag mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, sondern mit Berggeist abgeschlossen, sodaß nach Ansicht des Bau- und Finanz-Ausschusses Burscheid der Absicht von Leichlingen sich nicht anschließen kann, obwohl auch hier die Entscheidung dieser Frage von Bedeutung ist.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß demgemäß.

16. Antrag des Ortsausschusses Opladen vom allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund auf Heraufsetzung der Einkommensätze, welche zum Bezug von Gutscheinen für Lebensmittel berechtigen sollen.

Es ist beantragt worden, die Richtlinien zur Feststellung der Bedürftigkeit zum Bezuge von Gutscheinen zum Ankauf von Lebensmitteln dahin abzuändern, daß die seitherigen Sätze wie folgt erhöht werden: für eine Einzelperson ohne Haushalt von wöchentlich 30 auf 40 Mark, mit Haushalt von 35 auf 50 Mark; für eine Familie von 2 Personen von 65 auf 80 Mark, 3 Personen 83 auf 105, 4 Personen 100 auf 125, 5 Personen 115 auf 145, für jede weitere Person von 15 auf 20 Mark. Der Finanz-Ausschuß hat diese Erhöhung einstimmig befürwortet.

Die Stadtverordneten-Versammlung gab hierzu ohne Debatte ihre Genehmigung.

17. Geschäftliche Mitteilungen.

Da es nicht gelungen ist, einen Fortbildungsschullehrer zu bekommen, soll ein jüngerer Lehrer aus Cronenberg aushülfsweise beschäftigt werden.

Inzwischen ist die 3stündige Verhandlungsdauer erreicht und wurde beschlossen, die übrigen Sachen zu vertagen.

Schluß 8¼ Uhr.

Vermischtes.

Burscheid, den 27. Mai 1920.

[Höchstpreise für Milch.] Auf die in heutiger Nummer dieser Zeitung veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Landrats betr. Höchstpreise für Milch wird noch besonders aufmerksam gemacht. Das bisherige Durcheinander der Milchpreise muß endlich aufhören. Die Überschreitung der Milchhöchstpreise wird nunmehr unnachsichtlich verfolgt werden. Die bestehenden Milchbeziehungen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen aufrecht zu erhalten.

[Die Wählerkarten gut aufbewahren!] Die jetzt den Wahlberechtigten zugestellten Wählerkarten, die die Wahlhandlung vereinfachen helfen, werden, wie wir hören, im Laufe des Jahres noch mehrfach Verwendung finden und müssen daher auch nach der Wahl am 6. Juni gut aufbewahrt werden. Es finden außerdem in diesem Jahre noch zwei oder drei Wahlen statt, die Landtagswahl, die Reichspräsidenten-Wahl und wahrscheinlich auch eine Stadtverordneten-Neuwahl, für die das gleiche Wahlverfahren gilt, wie für die Reichstagswahl, sodaß die Wahlkarte bei all diesen Wahlen noch benutzt werden muß.

* **Die Steuerkarte.** In dem kürzlich ausgegebenen Reichsgesetzblatt Nr. 57 ist das Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920 veröffentlicht, das neben einer ganzen Reihe anderer Neuerungen im § 45 dem Arbeitgeber die Pflicht auferlegt nach näherer, bisher allerdings noch nicht ergangener Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Solche Steuerkarten muß sich der Arbeitnehmer nach § 46 des Gesetzes vor Beginn eines jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes ausstellen lassen; der Arbeitnehmer ist auch verpflichtet, diese Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einkleben und Entwerten der Steuermarken vorzulegen. Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den nach § 45 einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingeklebten und entwerteten Steuermarken zu geben. Nach § 50 haftet der Arbeitgeber dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung des im § 45 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

* **Entlassung von Arbeitnehmern.** Durch das Betriebsrätegesetz ist eine neue Rechtslage für die Entlassung der Arbeitnehmer, Angestellten wie Arbeiter, geschaffen und in den §§ 84—86 geregelt. Die Gesetzvorschriften sind leider nicht ganz klar und eindeutig, vielleicht auch noch nicht hinreichend

bekannt, so daß seitens der Beteiligten, auch der Arbeiter- und Angestelltenräte, vielfach Formfehler gemacht werden, die dem Schlichtungsausschuß die Entscheidung der Streitfälle, die endgültig ist, erschwert. Es seien deshalb zu den Gesetzvorschriften nachstehende Erläuterungen gegeben: Ein Arbeitnehmer, der gegen seine erfolgte Kündigung unter den Voraussetzungen des § 84, 1 B. R. G. glaubt Einspruch erheben zu können, hat diesen Einspruch, mit Gründen belegt, binnen 5 Tagen nach erfolgter Kündigung beim Arbeiter- oder Angestelltenrat anzubringen. Dieser, nicht sein Vorsitzender allein, muß alsdann sofort in ordnungsmäßiger Sitzung zu dem Einspruch Stellung nehmen, d. h. ihn entweder ablehnen, oder, falls er ihn für berechtigt hält, eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeizuführen suchen. Nur falls diese Verständigung nicht gelingt, ist die Anrufung des Schlichtungsausschusses zulässig, im Falle der Ablehnung des Einspruchs durch den Arbeiter- bezw. Angestelltenrat ist er endgültig erledigt. Das Verfahren muß so beschleunigt werden, daß die Anrufung des Schlichtungsausschusses längstens 17 Tage nach erfolgter Kündigung, die stets begründet werden muß, erfolgen kann. Bei Fristversäumnis wird der Schlichtungsausschuß den Einspruch ablehnen.

* **Zwei Wagenklassen auf den Eisenbahnen.** Mit dem 1. Juli 1921 werden auf den Reichseisenbahnen nur noch zwei Wagenklassen vorhanden sein, eine Polsterklasse und eine Holzklasse. Die erste Klasse wird bereits im Laufe dieses Jahres in allen Personenzügen verschwinden und einstweilen nur in Schnellzügen noch weiter gefahren werden. Vom 1. Juli 1921 ab wird dann auch ein neuer Tarif in Kraft treten.

Opladen, 22. Mai. In der hiesigen Stadt mehren sich die nächtlichen Einbrüche und Diebstähle in erschreckender Weise. Vor wenigen Tagen wurde die Festnahme einer Wiesdorfer Einbrecherbande gemeldet, die auch in Opladen schlimm gehaust hat, besonders in den Uhrenwarengeschäften bei Beller und Lungstraß. In der Nacht von gestern auf heute ist wieder erneut in den Geschäften von Marx und Röttgen eingebrochen worden.

Köln, 21. Mai. Als zwei Kriminalbeamte zwei schwere Einbrecher in einem Hause an der Großen Heugasse festnehmen wollten, entspann sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf die Beamten in der Notwehr von ihrer Waffe Gebrauch machten. Einer von den Einbrechern wurde erschossen, während der andere schwer verletzt wurde.

Köln, 22. Mai. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, Kohlen für die Wiedereinführung des Personenverkehrs auf dem Rhein bewilligt zu erhalten. Insbesondere, so hieß es, sollen die Dampfschiffahrtsgesellschaften der Großstadtbevölkerung Gelegenheit geben, sich zu erholen und Ausflüge an den Rhein zu unternehmen. Offenbar rechnet die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft nur mit einem sehr zahlungskräftigen Publikum. Es kostet stromaufwärts die Fahrt von Köln nach Königswinter 8,70 Mk., nach Koblenz 24,90 Mk. und nach Mainz sogar 51,30 Mk., das ist 7 Mk. mehr als in der zweiten Klasse der Eisenbahn.

Düsseldorf, 21. Mai. Ein hiesiges Bankhaus wurde vor einigen Tagen unter dem Namen eines bekannten Kunden telephonisch angerufen, ob es Käufer holländischer Gulden sei. Bald darauf erschien ein Bote des angeblichen Kunden und überbrachte 3000 holländische Gulden (in 25 Guldenscheinen), wofür er den Gegenwert von ungefähr 53 000 Mk. erhielt. Später stellte sich heraus, daß sämtliche Guldenscheine falsch waren. Auf die Ermittlung des Täters ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Düsseldorf, 22. Mai. Das außerordentliche Kriegsgericht verhandelte gegen die beiden Uebeltäter, die in der Nacht zum 2. Mai die 70 Jahre alte Händlerin Witwe Behrens in ihrem Ladenlokale an der Schloßstraße ermordet und beraubt hatten. Angeklagt waren der 20 Jahre alte Metzger Hermann Tollhausen und der 22 Jahre alte Arbeiter Mathias Hübbers. Beide sind wegen Diebstahls vorbestraft. Sie waren geständig, in der bezeichneten Nacht in den im Hause Schloßstr. 15 befindlichen Laden eingedrungen zu sein, wo sie die Greisin überfielen und durch Knebelung des Halses den Tod herbeiführten. Nach der Mordtat entwendeten sie Schokolade und sonstige Lebensmittel im Werte von mehreren tausend Mark. Kurze Zeit nach der Auffindung der Leiche konnte von der Kriminalpolizei festgestellt werden, daß die jetzigen Angeklagten als Täter in Betracht kamen. Am nächstfolgenden Tage gelang es zwei Kriminalbeamten, die Mörder in Oberkassel in dem Augenblick festzunehmen, als sie sich nach Neuß begeben wollten. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte beide Angeklagte zum Tode.

Kleinenbroich, 25. Mai. Die Verpachtung der Gemeindejagd, die bisher 19 420 ℳ einbrachte, ergab jetzt 38 000 ℳ jährlich. Eine Eigenjagd von 300 Morgen erzielte 3400 Mk. Jagdpacht. Es werden da teure Hasen geschossen werden.

Aachen, 22. Mai. Eine auf Unehrlichkeit ertappte Dienstmagd bei einer hiesigen Dame nahm Rattengift und strich dieses auf das Butterbrot für ihre Herrin. Diese bemerkte es noch rechtzeitig und konnte sich so vor Schaden bewahren. Die „Stütze" hat ihren Vergiftungsversuch mit sechs Monaten Gefängnis zu büßen. — Ein Student der hiesigen Hochschule stellte einer Dame, deren Sohn sich auf das Abiturientenexamen vorbereitete, freie Dienste als Privatlehrer zur Verfügung und forderte zwei Mark Honorar die Stunde für Griechisch, Latein, Deutsch, Mathematik. Man wies ihn ab mit dem Bemerken, es lägen Angebote für 1,25 und 1,50 Mark vor. Das ist die Bewertung der geistigen Arbeit.

Düren, 25. Mai. Die hiesige Polizei verhaftete einen Händler, der als Schieber bekannt war, weil er gemeinsam mit einem Angestellten des Postscheckamtes Köln durch Fälschungen die Post um 250 000 Mark betrogen hat. Der Postbeamte wurde am gleichen Tage festgenommen. Das Geld konnte zum großen Teile noch sichergestellt werden.

Bonn, 25. Mai. Die Polizei verhaftete 4 Burschen in den zwanziger Jahren, die in der Nacht zum vorigen Sonntag das Kaiser Wilhelm-Denkmal mit roter Farbe übergossen haben. Einer der Burschen ist aus Duisburg und gehörte der Roten Armee an, die übrigen sind aus Bonn.

Boppard, 25. Mai. In Spay, Camp, Salzig fangen die Kirschen an zu reifen. Der Preis ist zurzeit noch hoch. In Kestert wurde letzte Woche 7,50 Mk., in Filsen 4 Mk. für das Pfund bezahlt. In den Verkaufsläden stehen sie hier zum Preise von 5 Mk. das Pfund aus. Die allgemeine Kirschenernte dürfte hier in 14 Tagen bis 3 Wochen sein. Eine allzu reichliche Ernte, wie man allgemein annahm, ist nicht zu erwarten.

Frankfurt a. M., 25. Mai. Der Polizeibehörde sind 182 namentliche Anzeigen gegen Angehörige der abgezogenen französischen Besatzungsarmee wegen schwerer Verbrechen zugegangen. Die Anzeigen sind von den Betroffenen bis jetzt zurückgehalten worden, weil sie Repressalien der Franzosen fürchteten. Unter den Anzeigen befinden sich 78 wegen Sittlichkeitsverbrechen.

Neuß, 25. Mai. Bei einem Rennen in den letzten Tagen machten die Taschendiebe „gute Geschäfte". Einem Herrn wurde die goldene Uhr mit Kette vom Leibe gestohlen, anderen die Börsen mit 2000 Mk., 900 Mk. usw. Inhalt. Auch wurden mehrere Buchmacher vom Rennplatz verwiesen.

Krefeld, 25. Mai. In den letzten Nächten sind wieder bedeutende Werte an Waren gestohlen worden. So aus der Fabrik von M. u. L. an der Tannenstraße, in der die Diebe durch einen Kohlenschacht eingedrungen sind. Sie begaben sich dann auf einem Wege, der Ortskenntnis verrät, zu dem unverschlossenen Lager, wo sie aus den Schränken fertige Samtstücke und mehrere Bündel Schappe im gesamten Wert von über 100 000 Mark stahlen. — Eine weitere reiche Beute machten Einbrecher, die in die Räume der Firma D. S. gelangten. Sie sprengten im Lagerraum mit Meißeln oder Brechstangen einige Schränke und stahlen daraus Krawattenstoffe im Werte von 50—60 000 Mark. — Abends verließ der Kaufmann J. A. seine Wohnung. Als er zurückkehrte, fand er die Türen verschlossen, doch entdeckte er bald, daß ihm trotzdem Diebe einen Besuch abgestattet hatten. Alle Schränke waren durchstöbert und ihr Inhalt zerstreut worden. In einem Schrank befand sich eine unverschlossene Stahlkassette, aus der 35 110 Mark gestohlen worden waren.

Geldern, 25. Mai. Auf dem Bürgermeisteramt im nahen S. erschien ein Bauer und gab an, ihm sei nachts ein Rind gestohlen worden. Für die Wiederherbeischaffung setzte er eine Belohnung aus. Die sofortigen polizeilichen Feststellungen ergaben, daß das Rind in eine Nachbargemeinde verbracht und dort bei einem Händler abgeschlachtet worden war. Weiter aber stellte sich heraus, daß der angeblich bestohlene Baer das Rind dem Händler für 18 000 Mk. verkauft hatte. Der Bauer hatte sich selbst eine Falle gestellt.

Oberursel, 21. Mai. Der 20 Jahre alte Ernst Zimmann, der mit seiner Mutter auf gespanntem Fuß lebt, schlug während eines Wortwechsels mit einem dicken Stock ihr auf den Kopf, daß die 56jährige Frau bewußtlos zusammenbrach. Die 13jährige Stiefschwester des Rohlings, die der Mutter zu Hilfe eilen wollte, erhielt ebenfalls gefährliche Stockschläge von ihm, die sie bewußtlos machten. Im Krankenhause ist die Mutter im Laufe des Tages gestorben.

Dortmund, 25. Mai. Ein Postbeamter bemerkte im Kanal, hinter der Deusener Brücke, ein Kind im Wasser treiben. Es gelang dem Beamten, das Kind noch lebend aus dem Wasser zu ziehen. Gleich darauf wurde an derselben Stelle die Leiche einer Frauensperson bemerkt. Es handelt sich um Mutter und Kind. Die Mutter hat mit dem Kinde freiwillig den Tod gesucht. Während das Kind lebend dem Krankenhause zugeführt werden konnte, waren Wiederbelebungsversuche an der Mutter erfolglos.

Schwerte, 25. Mai. Vom Blitz erschlagen wurde in Nottuln eine Frau von hier, welche dort zu Besuch weilte.

Lippstadt, 25. Mai. In der vorigen Woche ging in hiesiger Gegend mit Blitz und Donner ein wolkenbruchartiger Regen mit schwerem Hagelschlag vermischt nieder. Der Hagel hat allenthalben großen Schaden angerichtet; stellenweise müssen Felder ganz umgepflügt werden. Erbsen und Große-Bohnen sind fast völlig vernichtet.

Freudenberg a. M., 25. Mai. Eine schwere Bauernrevolte, die seinerzeit weithin starkes Aufsehen erregte und in ihrer Art wohl einzig in Deutschland dastehen dürfte, hat jetzt ihre gerichtliche Sühne gefunden. Die hiesigen Tabakpflanzer, die zu einer Tabakverwertungsgenossenschaft zusammengeschlossen sind, hatten ihren Tabak, statt ihn unter staatlicher Kontrolle (wegen der Steuer) zu verkaufen, nach Frankfurt a. M. verschieben wollen, weshalb die Beschlagnahme durch die Gendarmerie erfolgte. Da zogen gegen 200 Bauern zu Wagen nach Miltenberg, erbrachen gewaltsam den Tabakspeicher, holten den Tabak heraus und fuhren ihn nach Hause. Den Gendarmen, der ihnen entgegentrat, entwaffneten sie, bedrohten ihn mit Totschlagen und zwangen ihn zum Spott, mit ihnen im Zuge zu marschieren. Für diese Heldentat wurden 8 Rädelsführer jetzt mit Gefängnisstrafen von 6 resp. 7 Monaten bestraft.

Bielefeld, 25. Mai. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde mitgeteilt, daß sich bei der von der Stadt und von verschiedenen gemeinnützigen Bauvereinen unternommenen, noch im Bau begriffenen umfangreichen Kleinwohnungsbauten infolge der ungeheuren Baukostenverteuerung ein Fehlbetrag von mehreren Millionen Mark ergeben habe. Für die Deckung ist das Reich angegangen worden, während die Stadt etwa ein Viertel der Mehrkosten zu tragen haben wird. Die städtischen Körperschaften haben seinerzeit einen Kredit von 10 Millionen Mark für diese Bauten zur Verfügung gestellt, für welche Reich und Staat einen Zuschuß von etwa 6 Millionen Mark bewilligt hatten. Die gemeinnützigen Bauvereine und auch die Erwerber der Häuser müßten finanziell zusammenbrechen, wenn sie den Fehlbetrag allein tragen müßten.

Aus Südhannover, 25. Mai. Eine recht frühe Getreideernte steht in Aussicht. Schon schießen die Wintergerste und der Roggen in Aehren, auch die Sommersaat zeigt bereits einen hohen Stand. In der Wesergegend ist bereits mit der Heuernte begonnen. Das Gras ist in diesem Sommer von ausgezeichneter Beschaffenheit, insbesondere fehlt es nicht an kräftigem Untergras. Im Solling blühen jetzt die Eichen prächtig, man wird mit einem guten Eicheljahr und damit mit einem wertvollen Mastfutter rechnen können.

Die Getreide und Kartoffelversorgung für 1920.

Der Reichsrat hat gestern die neue Getreideordnung für die Ernte 1920 angenommen. Nach dieser Verordnung wird an der Zwangsbewirtschaftung für sämtliche Getreidearten festgehalten. Auch der Hafer unterliegt wieder der Zwangswirtschaft. Die Verordnung über die Versorgung mit Herbst-Kartoffeln aus der Ernte 1920 sieht ebenfalls von der freien Bewirtschaftung ab. Das bisherige System soll aber derart abgeändert werden, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Organisationen des Kartoffelhandels mit den Landwirten Verträge über die Lieferung von Kartoffeln abschließen sollen. Für den Fall, daß bis zum 1. August 1920 diese Verträge über zusammen 120 Millionen Zentner laufen, sieht die Verordnung von einer weiteren öffentlichen Bewirtschaftung ab und überläßt den bleibenden Rest den Erzeugern zur beliebigen Verwendung, auch zur Verfütterung.

*

Die Hamburgische Bürgerschaft beschloß, den Senat zu ersuchen, er möge dahin wirken, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch möglichst bald aufgehoben und bei Bewirtschaftung der Kartoffeln der Abbau in der Weise erfolge, daß die zur Gewährung des Existenzminimums an Minderbemittelte und an die industrielle Bevölkerung benötigte Menge bewirtschaftet, und der Rest frei gehandelt werde.

450 Millionen zur Belebung der Bautätigkeit.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beantragte die Regierung, die Nationalversammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Reichsfinanzminister außer den durch den Notetat bewilligten 200 Millionen Mark zur Wiederbelebung der Bautätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und Fertigstellung angefangener Bauten insgesamt 450 Millionen Mark zur Verfügung stellt, ferner sich schlüssig zu machen, daß die insgesamt aus Reichsmitteln aufzuwendenden 650 Millionen dem Reiche durch Abgabe von bebautem Grundbesitz bis 1925 wieder zuzuführen sind. Der Ausschuß erklärte sich mit dem Antrag einverstanden.

* **Bau von 100 000 Bergmannshäusern im Industriegebiet.** In einem interessanten Vortrag über das Siedlungswesen und die Schaffung neuer Bergmannswohnungen im Ruhrgebiet führte Buschmann-Gladbeck u. a. aus, wie wichtig die Vermehrung der Wohnungen im Ruhrgebiet zur Hebung der Kohlenförderung sei und wie durch den Sonderaufschlag auf Kohle die für die Errichtung der erforderlichen Wohnungen notwendigen Mittel aufgebracht wurden. Durch diesen Kohlenaufschlag würden jährlich 600 Millionen Mark für Bauzwecke zur Verfügung gestellt. Die Verteilung dieser Gelder geschieht durch eine Treuhandstelle, der 10 Arbeitgeber und 10 Arbeitnehmer angehören. Innerhalb von 5 Jahren sollen im Ruhrgebiet rund 100 000 neue Häuser für Bergleute errichtet werden, also jährlich 20 000 Neubauten. Für Behelfswohnungen werden keine Kohlengelder bewilligt da die Bergleute durch Schaffung eigener Heime bodenständig gemacht werden sollen. Die zu erbauenden Häuser sollen in hygienischer und siedlungstechnischer Hinsicht einwandfrei sein. Um rationell zu bauen, sollen Reihenhäuser errichtet werden; jedes Haus soll durch Umzäunung und Gartenland abgetrennt werden. Für jeden dieser 1 bis 2-geschossigen Flachbauten von 10 bis 25 Quadratmeter lichter Fläche ist ein Gartenland von 200 Quadratmeter vorgesehen. Jede Wohnung soll in der Regel 70 Quadratmeter (gleich 4 Zimmer) reiner Wohnfläche nicht übersteigen, doch kann bei kinderreicher Familie die reine Wohnfläche auf 80 Quadratmeter ausgedehnt werden.

Schach.

Aus dem grauen Altertum stammt dieses interessante Spiel, welches neben den vielen Kunstwerken 2c., die aus jener unbekannten Vorzeit noch vorhanden sind, beweist, auf welch hoher Kulturstufe schon damals die Menschheit stand. Und so einwandfrei ist das Spiel von vornherein ausgedacht, daß es Jahrtausende überlebte, ohne einer Änderung zu bedürfen, ja es hat wohl überhaupt noch niemand gewagt, an den Grundregeln desselben auch nur eine Änderung zu versuchen. Unbestritten ist es auch heute noch das schönste und geistreichste aller bekannten Brettspiele, an das keines der später aufgetretenen Spiele auch nur annähernd heranreicht. Eine große Verbreitung erlebte es besonders in den Jahren des Weltkrieges. Tausende, die ihm früher ablehnend gegenüber standen, lernten seinen Wert schätzen als einziges wirksames Mittel zur Bekämpfung der Langeweile, dieses furchtbaren, Geist und Körper marternden Feindes. Im Schützengraben, im Lazarett, im Gefangenenlager, überall, oftmals in der primitivsten Art, wurde Schach gespielt. Es ist keine Leidenschaft, wie manches andere Spiel, man verspielt keinen Wochenlohn und kein Vermögen, sondern man schafft sich eine geistanregende interessante Unterhaltung. Zur Pflege und Verbreitung des Spieles wurde vor kurzer Zeit auch hier in Burscheid von einer Anzahl Damen und Herren einen Schachverein gegründet, dessen erfreuliches Gedeihen beweist, welches Interesse man auch hier der Sache entgegenbringt. Allen dem Verein noch fernstehenden Spielern, Damen und Herren, kann der Beitritt nur dringend empfohlen werden. Anfänger werden gern von geübten Spielern in die Grundgedanken und Regeln eingeweiht. Daß auch die Geselligkeit im Verein nach Kräften gepflegt wird, also auch die Jugend in jeder Beziehung zu ihrem Recht kommt, wird sicher ebenfalls Freunde gemütlicher, anregender Unterhaltung nicht abhalten, sich dem jungen Verein anzuschließen.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Seit Jahren besteht zwischen den Krankenkassenverwaltungen und den Ärzten eine Spannung als eine Folge von einander stark abweichender Ansichten über die Angemessenheit der Arztehonorare, über die Frage der freien Arztwahl, sowie über das Vertragsverhältnis im Allgemeinen. Verschärft wurde dieses gegenseitige Verhältnis, nachdem durch eine Verordnung vom 1. April 1920 (Reichsgesetzblatt S. 433) und nach deren Aufhebung vom 30. April 1920 (Reichsgesetzblatt 769) die Höchstsätze der Grundlöhne bei den Krankenkassen sowie die für die Versicherungspflicht maßgebende Verdienstgrenze wesentlich heraufgesetzt sind. Durch diese Maßnahmen haben sich die Grundlagen wesentlich verändert, auf denen die zwischen den Ärzten und den Krankenkassen zur Zeit geltenden Verträge sich aufbauen. Den Kassen fließen hierdurch wesentlich erhöhte Einnahmen zu, welche billigerweise eine entsprechende Erhöhung der Vergütung für die ärztliche Leistung zur Folge haben müßten. Außerdem hat durch die starke Heraufsetzung der genannten Versicherungsgrenze von 5000 Mk. auf 15 000 Mk. der Kreis der der freien ärztlichen Praxis noch verbleibenden Privatpersonen eine beträchtliche Einschränkung erfahren. Die Ärzte haben daher die neue gesetzgeberische Maßnahme als einen wichtigen Grund im Sinne des § 626 B. G. B. angesehen und die fristlose Kündigung der Verträge aller Krankenkassen ausgesprochen. Neben der Forderung der freien Arztwahl stellen die Ärzte bezüglich der Honorierung der Kassenpraxis Forderungen, die wenn sie auch ein Mehrfaches der bisherigen Sätze bedeuten, doch nur etwa den Gehaltsteigerungen entsprechen, die die Kassen aus der Not der Zeit heraus ihren eignen Beamten schon längst zugestanden haben. Einigungsverhandlungen zwischen den Krankenkassen- und Ärzteverbänden sind gescheitert. Daher verkünden die Ärzte vom 25. Mai d. J. ab den vertraglosen Zustand. Eine Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung kommt unter keinen Umständen in Betracht, es werden vielmehr die Kranken fortan nur gegen sofortige Bezahlung behandelt.

Die Ärzte des unteren Kreises Solingen.

Bekanntmachung.

Zwecks Festsetzung der für den 25. Wahlkreis (Düsseldorf-Ost) eingereichten Wahlvorschläge findet am

Mittwoch, den 26. Mai 1920, mittags 12 Uhr, im Rathaussaal

in Düsseldorf eine Sitzung des Wahlausschusses für den 25. Wahlkreis statt.

Die Sitzung ist öffentlich.

Düsseldorf, den 20. Mai 1920.

Der Wahlleiter des 25. Wahlkreises (Düsseldorf-Ost)
gez.: **Dr. Köttgen,** Oberbürgermeister

Bekanntmachung.

Zwecks Beschlußfassung über die Zulassung der eingegangenen Erklärungen über die Verbindung von Wahlkreisvorschlägen innerhalb des XIII. Wahlkreisverbandes findet am

Samstag, den 29. Mai 1920, mittags 12 Uhr, im Rathaussaale

in Düsseldorf eine Sitzung des Verbandswahlausschusses statt.

Die Sitzung ist öffentlich.

Düsseldorf, den 20. Mai 1920.

Der Wahlleiter des XIII. Wahlkreisverbandes (Rheinland-Nord)
gez.: **Dr. Köttgen,** Oberbürgermeister.

Höchstpreise für Milch.

Auf Grund des § 8 der Milchverordnung vom 3. November 1917 (R.-G.-Bl. S. 1005) und der Anordnung des Oberpräsidenten vom 8. Mai 1920 ordne ich mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf folgendes an:

§ 1. Der Kleinhandelshöchstpreis für Vollmilch beträgt 1,90 Mk. je Liter, für Butter- und Magermilch 0,90 Mk.; bei Einzelverkauf unmittelbar vom Erzeuger auf dessen Hof bei Vollmilch 1,65 Mk., bei Butter- und Magermilch 0,70 Mk. Der Erzeugerhöchstpreis beträgt im übrigen bei Lieferung an eine Sammelstelle 1,60 Mk., beim Erzeuger selbst 1,50 Mk., bei Butter- und Magermilch 0,65 Mk. bezw. 0,55 Mk.

§ 2. Wo bei größeren Milchmengen und täglicher Einfuhr weite Entfernungen oder besondere Transportschwierigkeiten in Betracht kommen, kann der Bürgermeister nach Einvernehmen mit dem Landrat einen höheren Milchhandelshöchstpreis festsetzen, jedoch nicht über 2,30 Mk. für Vollmilch und 1,30 Mk. für Mager- oder Buttermilch.

§ 3. Die Überschreitung vorstehender Höchstpreise wird nach § 4 der Verordnung wegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und Geldstrafe, auch bei Fahrlässigkeit geahndet.

§ 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Opladen, den 21. Mai 1920.

Der Landrat: Lucas.

Das bisherige Durcheinander der Milchpreise muß endlich aufhören. Die Überschreitung der Milchhöchstpreise wird unnachsichtlich verfolgt werden. Die bestehenden Milchbeziehungen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen aufrecht zu erhalten.

Bekanntmachungen.

Am **Freitag, den 28.** und am **Samstag, den 29. Mai,** werden verteilt:

125 Gramm Buchweizenmehl, je Pfund 6 Mark,
125 Gramm Hafermehl, je Pfund 4,60 Mark,
125 Gramm Hülsenfrüchte,
auf Abschnitt 49 der Lebensmittelkarte.

In den Fettstellen:
125 Gramm Margarine, je Pfund 12,60 Mark,
125 Gramm Cocusfett, je Pfund 14 Mark,
1/10 Liter Rüböl, je Liter 22,50 Mark,
auf Abschnitt 4 der Butterkarte.

Am **Samstag, den 29. Mai, in den Metzgereien:**
100 Gramm Fleisch, je Pfund 12 Mark,
auf Abschnitt 22 der Fleischkarte.

Die Geschäfte von Brosius und Müller haben vorige Woche von der Mehlstelle irrtümlich statt Weizen-, Roggenmehl erhalten. Die bei diesen Geschäften eingetragenen Kunden können das ihnen zustehende **Weizenmehl** am Freitag in Empfang nehmen.

Ablieferung der Abschnitte am **Montag, den 31. Mai.**

Burscheid, den 26. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Da die Metzger neben den bisherigen Fettstellen zum Verkauf von **Schmalz** zugelassen worden sind, müssen **für Schmalz** neue Kundenlisten eingerichtet werden. Die Fettberechtigten wollen sich daher **für Schmalz** bei den bisherigen Fettstellen und den Metzgern in die neue **Schmalzkundenliste** bis zum Montag, den 31. Mai, vormittags, eintragen lassen.

Burscheid, den 26. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Für Einlagen bei der städtischen Sparkasse zu Burscheid werden nach dem Beschlusse der Sparkassenverwaltung, welchem die Stadtverordneten-Versammlung am 20. d. Mts. zugestimmt hat 3,6% und für Guthaben im Scheckverkehr 2 1/2% Zinsen gewährt.

Burscheid, den 22. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Durch das Ballspielen auf dem Kirchplatz hier sind wiederholt wertvolle Scheiben der evang. Kirche zertrümmert worden. **Das Ballspielen auf den Plätzen um die Kirche wird daher untersagt.** Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder entsprechend zu belehren.

Burscheid, den 25. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Unter dem Weideviehbestande der Viehhändler Gebrüder Pott in Straßerhof ist die Maul- und Klauenseuche nicht ausgebrochen.

Es handelt sich hier um die Weiden der Gebrüder Pott, welche im Gemeindebezirk Odenthal gelegen sind und nur zum Beobachtungs-Gebiet gehören.

Burscheid, den 22. Mai 1920.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister: Schmidt.

Karl Sohnius

Martha Sohnius

geb. **Markus**

Vermählte

Burscheid, den 26. Mai 1920.

Statt Karten.

Käte-Toni Bomnüter

geb. **Kotthaus**

Max Dold

Verlobte

Burscheid bei Köln — **Offenburg** i. B. Zellerstr. 47

Mai 1920.

Vortrag.

Freitag, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr pünktlich, wird Herr **Missionar Wandres** im **evangelischen Gemeindehause Burscheid** über seine **Erlebnisse unter dem semohamitischen Volk der Nama** berichten. Jedermann ist herzlich eingeladen vom

Gau Köln der Bibelkreise unter Schülern höherer Lehranstalten.

Der Eintritt ist frei.

Gemüse-Pflanzen!

Sellerie, Porree, Kohlrabi, Karoten, Salat, Kappus, weiß und rot, Savoyen, Butter-, Kraus-, Rosen- und Blumen-Kohl. Steckrüben. Neuseeländer-Spinat, Tomaten.

Gärtnerei Paul Speckenbach, Burscheid
Viktoriastr., neben der neuen Schule, Telefon 197.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

verkaufe ich am **Samstag, den 29. Mai,** von 1/24 Uhr nachmittags ab:

1 Ladentheke mit 6 Glaskasten, ferner 3 Betten, teils mit Matratzen und Einlagen, Schrank, Tische, Stühle, lange Hobeln, Zeugkasten, Tapeten-Reste, Herd, Nähmaschine und andere Sachen

gegen Barzahlung.

Hilgen, den 25. Mai 1920.

Otto Schultes.

Die von Fam. Wiechmann gemachten Äußerungen über R. B. beruhen auf Wahrheit und werden voll und ganz aufrecht erhalten. — Weitere Zeitungsnotizen bleiben unbeantwortet.

Wiechmann
Burscheid.



Freiwillige Feuerwehr
Löschz. Burscheid

Sonntag, den 30. Mai, morgens 6 Uhr,

Marschübung.

Dienstuniform wird angelegt; diejenigen Mitglieder, die noch nicht im Besitze der Uniform sind, kommen im Zivilanzug. Bei der Gelegenheit werden die rückständigen Strafgelder und Sterbekassenbeiträge erhoben.

Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Der Oberbrandmeister:
Grell.
Der Brandmeister:
Mebus.

Deutschnationaler Handlungs-Gehilfen-Verband
Ortsgruppe Burscheid-Hilgen.

Am **Samstag, 29. Mai,** abends 8 Uhr,

Versammlung

im Vereinsheim **Rich. Klein, Burscheid.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Verbandstag in Braunschweig.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hiermit zur Kenntnis, daß ich den städtischen Lebensmittel-Verkauf freiwillig aufgegeben habe freie Waren dagegen weiter führe.

Fritz Lischke
Burscheid, am Markt.

Ein junges

Mädchen

für alle Hausarbeit gegen guten Lohn gesucht.

Frau Hugo Steffens
Klempnerei
Burscheid, Hauptstraße.

Junger Mann sucht ein

Zimmer

in der Nähe von Hilgen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine gebrauchte

Bettstelle

ohne Matratze wegen Umzug zu verkaufen.

P. Prüfer
Höltgestal bei Pattscheid.

Gegen Katarrhe

EMS Schutz-Marke **Emser Wasser**

---

1 Gaskocher, 1flammig, 1 Gasofen, 1 Gramophon m. Pl., Schmiede- u. Schlosserhandwerkszeug, Ersatzt. zu landwirtschaftl. Maschinen, Maschinen-, Herd- und Pflugschrauben

sind wegzugshalber billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eisener

Kochofen

mit Hinterofen und einige

Einmachtöpfe

(50, 35, 30 Liter) zu verkaufen.

Geilenbach 1109.

Weide

für eine melke Kuh für einen oder mehrere Monate gesucht, möglichst in der Nähe Burscheids. Näheres in der Gestelle dieser Zeitung.

Junge



Ziege

2 Monate alt, zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schönes



Ziegen-Lamm

zu verkaufen.

Hauptstraße 105.



2 Ziegen-Lämmer

zu verkaufen.

Näheres:

Nagelsbaum 464a.

Am **Donnerstag, 27. Mai,** habe ich wieder eine Auswahl tragende

Kühe



und schöne

Faselschweine

zum Verkauf stehen.

Käufer ladet freundlichst ein:

Otto Pott
Repinghofen, Fernspr. 110

Kopfschuppen mit Bruat

vernichtet verblüffend

Goldgnist

5-fach stark, geruchlos, in Apotheken und Drogerien.

Donnerstag, den 27. Mai, habe wieder neue Auswahl **bester**

Oldenburger Faselschweine



sowie **hochtragende und frischmelke**



Kühe



zum Verkauf stehen.

Max Pott, Burscheid
Telefon 66.

Aufruf!

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!

Am **6. Juni** wird gerungen um das Schicksal unseres deutschen Volkes.

Immer mehr erschüttert von den

Folgen der Revolution,

aller Ruhe und Ordnung, allen Arbeitssinnes bar, stehen wir hart am Rande des gähnenden Abgrundes. Unzählige wirtschaftliche Werte sind vernichtet, und selbst die letzten Reste unserer einst so blühenden Wirtschaft und Kultur drohen zu versinken. Blinder Klassenhaß zerreist unser Volk und lähmt seine Kraft. Allem Bürgertum, dem einstigen Hort deutscher Kultur, deutscher Gesittung und deutschen Wirtschaftslebens, ist von den sozialistischen Parteien

Kampf bis auf's Messer

angesagt. Von bolschewistischem Irrwahn verführte, durch landfremde Elemente irregeleitete Volksgenossen sind am Werke, das deutsche Volk völliger Selbstzerfleischung, restlosem Untergang entgegenzuführen. Und das alles ist das Ergebnis einer Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolution begann und aus der die regierenden Mehrheitsparteien keinen Weg zu Aufstieg und Ordnung gefunden haben.

Wähler und Wählerinnen!

Wollt Ihr dem kommenden Zusammenbruch tatenlos zusehen?

Wollt Ihr Euch kampflos beugen der drohenden Diktatur des Proletariats?

oder

Wollt Ihr endlich erwachen, um mit uns zu streiten in dem

Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein?

Auf zum Kampf!

Gilt es doch die

Schicksalsentscheidung

des

Deutschen Bürgertums,

des

Deutschen Volkes und Vaterlandes!

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Bürger aller Schichten und Stände! Beamte, Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibende, Arbeiter, die ihr noch nicht den klaren Blick verloren, noch nicht angesteckt von Gesinnungsverhetzung und Gedankenvergiftung,

Helft uns in dem Entscheidungskampf!

Wir rufen alle auf, die ihr Vaterland lieb haben! Wer seinem Volk und Vaterlande dienen, wer Deutschland vom Abgrunde zurückreißen, wer mit am Wiederaufbau helfen will, gebe am Kampftage des 6. Juni seine Stimme der Liste der Deutschen Volkspartei

Liste Kempkes!

1. Rechtsanwalt Adolf Kempkes, M. d. N., Essen-Berlin,
2. Arbeitersekretär Otto Adams, Rüttenscheid,
3. Frau Wwe. Lola Bruns, Elberfeld,
4. Reg.-Baumeister Walter Wiskott, Düsseldorf,
5. Dr. Ing. Th. Geilenkirchen, Remscheid,
6. Weißwarenhändler Gustav Schlieper, Barmen,
7. Malermeister Carl Hemming, Düsseldorf,
8. Landwirt Franz Schlieper, Haus Laubach bei Mettmann,
9. Steiger August Biesler, Kray,
10. Hauptlehrer Wilh. Malthan, Bayenburg/Wupper,
11. Frau Agnes Zell, Ohligs,
12. Briefträger Albert Dietrich, Tönisheide,
13. Pastor Daniel Hermann, Neviges,
14. Handlungsgehilfe Gust. Hermann Halbach, Remscheid,
15. Frau Elise Schenk, Essen-Ruhr,
16. Fabrikant Ernst Frohwein jr. Barmen,
17. Geheimer Justizrat Landgerichtsdirektor Fr. Grieger, Elberfeld.

Sozialdemokr. Volksverein

(Distrikt Burscheid).

Mitglieder-Versammlung

am **Freitag, den 28. Mai,** nachmittags 6 Uhr, im Lokale von Herrn **Wilhelm Ohmann** in **Burscheid.**

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Die Reichstagswahl.

Sämtliche Mitglieder, sowie Freunde und Gönner werden gebeten, zu erscheinen.

Die Distriktsleitung.

Wählt am 6. Juni:

Liste Obermeyer

Mittelstands-wehr

Deutscher Mittelstand! Wehr' dich gegen Sozialisierung, Kommunalisierung u. gegen alles, was deine Existenz bedroht. Lege die Waffen nicht müde zur Seite. Wehr' dich im Interesse des ganzen Volkes. Für unsere wirtschaftliche, nationale u. sittliche Gesundung ist die Erhaltung der selbständigen Mittelschichten in Stadt und Land unerläßlich. Ohne Mittelstand keinen Aufbau. Darum ist die Politik der Deutschen Volkspartei auf den Schutz des Mittelstandes eingestellt. Die D.V.P. bekämpfte das Sozialisierungsgesetz, das Betriebsrätegesetz u. die mittelstandsfeindl. Politik Erzbergers.

Deutsche Volkspartei

Schachverein Burscheid.

Freunde des Schachspieles

Damen und Herren, können sich an den regelmäßigen **Spielabenden, Mittwoch- und Samstag-Abend,** im Hotel „Kaiserhof" anmelden. Auch Anfänger sind willkommen und finden geeignete Unterstützung.

Verein der Ärzte des unteren Kreises Solingen

(E. V.)

Nachdem die Einigungs-Verhandlungen zwischen den Krankenkassen- und Ärzte-Verbänden gescheitert sind, wird der vertragslose Zustand zwischen den Ärzten und den Krankenkassen am 25. Mai d. Js., mittags 12 Uhr, beginnen.

Eine Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung kommt nicht in Betracht, vielmehr werden die Kranken von da ab nur gegen sofortige Bezahlung behandelt.

Guterhaltener

elektr. Motor

12—15 P. S., zu kaufen gesucht.

Bergische Kerzenfabrik
August Kotthaus, Burscheid.

Kutscher und Fuhrknecht

für sofort gesucht.

Oskar Kämper
Burscheid, Fernspr. 45.

Ältere

Haushälterin

für kleinen Haushalt bei alleinstehenden Herrn in Solingen in angenehme Stellung auf sofort gesucht.

Angebote unter **A. 15** an die Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Wegen Erkrankung des jetzigen ein kinderliebes

Mädchen

sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tüchtiges

Mädchen

für besseren kleinen Haushalt sofort oder später gesucht.

Frau Bernh. Schultes
Heide bei Hilgen.

Waldsanatorium Dr. Hackländer

Bredeney, Waldstraße 40/42
Fernsprecher 4502 Essen.

Für Nervenkranke
(nicht Geisteskranke) und
Erholungsbedürftige

Jetzt ist es Zeit zu einer Blutreinigungskur
man trinke
St. Gecelinus-Tee Nr. 3.

Preis 1 Paket 3 Mark.
Erhältlich in den Apotheken und Drogerien.

J. Hammerschmidt
Institut für Gesundheitspflege u. Heilkunde, **Opladen** b. Köln.

Ia Hafermehl Ia Buchweizen-Mehl Ia Mehl für Schweine und Torfstreu

hat abzugeben

Daniel Siebel
Hilgen.

Schönes

Buchweizen-mehl

hat abzugeben

Friedrich Speck
Irlermühle, Fernspr. 134.

Schönes

Holsteiner

Buchweizenmehl

per Pfund 5,50 Mark, hat abzugeben

Robert Gierlich
Thielenmühle, Fernspr. 64.

Bergischer Volksbote

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Bezugs-Preis: Bei der Post 4,50 Mark; durch unsere Boten gebracht 4,80 Mark; in der Geschäftsstelle abgeholt 4,20 Mark für das Vierteljahr.

zugleich

Burscheider Zeitung

Insertionsgebühren: Die 6gespaltene Borgiszeile oder deren Raum 40 Pfg., Reklamen 80 Pfg. die Zeile. Anzeigen werden spätestens bis Montag-, Mittwoch-, Freitag-Morgen 8 Uhr, Briefe u. Gelder franko erbeten.

№ 61. II — Redaktion, Druck u. Verlag Herm. Claas, Burscheid. — Burscheid, Donnerstag, den 27. Mai 1920. — Fernsprecher Nr. 31. Postscheckkonto 28571 Köln. — 60. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Krankenversicherungspflicht 15 000 Mk. — Die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr und gedachte des verstorbenen Abgeordneten Wurm (U. S.), zu dessen Ehre sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben. — Zur 2. Beratung steht der Gesetzentwurf über die steuerliche Ansprüche und Verbindlichkeiten. Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) begründet Anträge, welche die Interessen der Auslandsdeutschen schützen sollen. —

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Abänderungen des Ausschusses haben für die Regierung die Grenze des Möglichen erreicht, doch will die Regierung ihnen zustimmen. Die Anträge Dr. Beckers sind aber unannehmbar. **Die finanzielle Not des Reiches ist so groß, daß wir nicht alle Ungerechtigkeiten, die aus dem Kriege herstammen, von Reichs wegen wieder gut machen können. Die schwebende Schuld des Reiches steigt im Monat um drei bis vier Milliarden.**

Abg. Waldstein (Dem.) stimmt dem Minister zu. Der Gesetzentwurf wird nach weiterer Debatte angenommen. Zweite Beratung des vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.), Gilsing (Zentr.) und Gen. eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes über weitere Ausdehnung der **Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.** Abg. Hoch (Soz.) beantragt, die Grenze der Versicherungspflicht statt auf 15 000 auf 25 000 Mk. festzusetzen. Abg. Gilsing (Zentr.) bittet diesen, mit unbegründeter Plötzlichkeit gestellten Antrag abzulehnen, ebenso Abg. Weidhausen (Dem.), der den Antrag Hoch auf Wahlagitationszwecke zurückführt. — Abg. D. Mumm (D. Ntl.): Der Antrag ist aber agitatorisch. Der Reichsarbeitsminister arbeitet gegen das Selbstbestimmungsrecht der Angestellten. — Abg. Andree (Zentr.): Wenn man die Versicherungspflicht sprunghaft erhöhen will, könnte man sie ebenso gut so hoch ansetzen, daß auch die Minister unter die Versicherung fallen. Der Antrag Hoch wird abgelehnt, die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen. — Zweite Beratung eines Gesetzentwurfes betr. **Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit** in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Stellung der Heeres-Justiziare. Nach einem sehr ausführlichen Bericht des Abg. Dr. Schücking (Dem.) über die Ausschußverhandlungen teilt Präsident Fehrenbach mit, daß die Opposition der Rechten bei der zweiten Lesung des Gesetzes keine Schwierigkeiten machte, dagegen gegen eine dritte Lesung am morgigen Tage Widerspruch erheben würde. Es sei aber unwahrscheinlich, am Freitag vor Pfingsten noch ein beschlußfähiges Haus zu halten. Dies wäre dann ein unrühmliches Ende der Nationalversammlung. — Abg. Loebe (Soz.): Meine Partei will das wichtige Gesetz unter allen Umständen durchberaten. — Abg. von Gräfe (D. Ntl.): Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes können wir auf die gesetzmäßigen Fristen zwischen den Lesungen nicht verzichten. — Abg. von Payer (Dem.): Wir schlagen vor, die Beratung fortzusetzen. Hierauf wird in die Beratung der Vorlage gegen 8 Uhr eingetreten. Regierungsseitig wird auf die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes hingewiesen, das am 1. Oktober in Kraft treten soll. — Abg. von Gräfe (D. Ntl.) tritt für die Militärgerichtsbarkeit ein. — Abg. Stücklen (Soz.) und Abg. Meister (Dem.) erklären sich für Aufhebung der Militärjustiz. Wir wollen eine auf dem Ehrgefühl des Soldaten aufgebaute Disziplin. — Abg. Seeger (U. S.) beantragt eine Reihe von Abänderungen der Vorlage, die noch lange keine radikale Umbildung der Gerichtsbarkeit darstelle. Nach weiterer Debatte wird das Gesetz betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit angenommen, ebenso der Entwurf betr. die Stellung der Heeresjustiziare. Nächste Sitzung Donnerstag: Interpellation wegen der Verwendung schwarzer Truppen.

Interpellationen. — Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Abg. Frau Röhl begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend Verwendung **farbiger Truppen in dem besetzten Gebiet.** Allen Frauen und Kindern seien diese Wilden eine schauerliche Gefahr. Nur der kleinste Teil der Scheußlichkeiten wurde bekannt. In der ganzen Welt wachse die Entrüstung. (Beifall.) — Reichsminister Köster: Bis gestern abend waren keine Nachrichten eingelaufen von irgendeiner Zurückziehung farbiger Truppen. Wir wollen nicht in eine Rassenhetze eintreten. Wir denken an die Schwarzen in unseren Kolonien, welche mit uns zusammen gefochten haben, aber in der Verpflanzung von 50 000 Farbigen in das Herz Europas liegt ein Verbrechen. Die Proteste Amerikas, Englands, Schwedens und Norwegens haben auf die Franzosen ebensowenig Eindruck gemacht, wie unsere Proteste. Von einer ökonomischen Solidarität Europas kann nicht gesprochen werden, solange man die politische Solidarität mit Füßen tritt. Wir wollen uns an den Völkerbund wenden, damit der Druck der ganzen Welt einsetze. Den Brüdern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und auf ihre Befreiung hoffen. — Abg. Frau Zietz (U. S.): Alle brutalen Instinkte entstammen nur dem Militarismus, der überhaupt beseitigt werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllen würde, würde es ein geeignetes Ohr bei der Entente für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellanten haben kein Wort gegen die unsittlichen Rohheiten, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen worden sind. Auch in Rußland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten solche Greueltaten begangen. (Stürmische Unterbrechungen, andauernd große Entrüstung. Rufe: Pfuiteufel!) Mit diesen Zurufen heißen sie die Freveltaten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm, stürmische Schlußrufe, die Rechte, das Zentrum, die Demokraten u. ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Rassenkampf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen. — Abg. Frau Mende (D. Vp.): Für die Vergewaltiger seiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe finden. Vielleicht nützt es noch, sich an den Papst zu wenden. — Abg. Lavergne (D. Ntl.) begründet eine Interpellation betr. **Maßnahmen der internationalen Schleswig-Kommission.** Reichsminister Dr. Köster: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Geist, noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben am 11. Mai in einer Note in Paris und später in Flensburg protestiert, ohne Resultat. — Abg. Pohlmann (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betr. **die Rechte der deutsch-sprechenden Bevölkerung in den an Polen abgetretenen Gebieten.** Diese Rechte würden andauernd aufs schwerste verletzt. — Reichsminister Dr. Köster: Die Reichsregierung wird, wie bisher, in der polnischen Frage das klare Recht des deutschen Volkes zu wahren suchen, insbesondere auch durch gütliches Verhandeln mit der Entente, sobald sich die Möglichkeit bietet. — Abg. Frau Schmitz (Ztr.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betr. **die Zustände in den Kreisen Eupen, Malmedy usw.** — Reichsminister Dr. Köster: Bei den Verhandlungen in der belgischen Kammer war immer die Rede von einer Wiedervereinigung der Kreise mit Belgien. Die Kreise haben niemals zu Belgien gehört, ebensowenig zu den Niederlanden. Sie sind deutsch und haben vorübergehend nur einmal zu Frankreich gehört. Die Regierung hat einwandfreies Material dafür, daß die belgische Regierung die freie Selbstständigkeit sabotiert. Die Schikanen und Ausweisungen mehren sich von Tag zu Tag. Wir haben bei der belgischen Regierung, der Friedenskonferenz und dem Völkerbund protestiert. — Es folgt die Interpellation der Abgg. Schultz-Bromberg und Gen. (D. Ntl.) die Feier des 1. Mai und die Erteilung von Urlauben an Arbeiter und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai. — Reichsarbeitsminister Schlicke erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen. — Abg. Schutz-Bromberg (D. Ntl.): Die Regierung hat ein schlechtes Gewissen und will sich vor der Beantwortung drücken. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen. (Lärm bei den Soz. und Unabh.) — Abg. Henke (U. S.) begründet einen gestern eingebrachten Antrag Geyer-Leipzig betr. **sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes** in allen Teilen des Reiches. — Abg. Löbe (Soz.) wird mit einem großen Teil seiner Partei für den Antrag stimmen. — Reichsminister Dr. Koch: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß, doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist. — Abg. Gilsing (Zentr.) ist gegen den Antrag. Der Antrag wird mit den Stimmen der stark besetzten sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Nachmittagssitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2,30 Uhr. Nach Erledigung einer Reihe von Gesetzentwürfen folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betr. das Abkommen mit der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Abg. Henke (U. S.) wünscht Anknüpfung sofortiger Beziehungen zu Sowjetrußland. — Abg. Scheidemann (Soz.): Das Auswärtige Amt möge alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland in ein klares und erträgliches Verhältnis kommen. — Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso dasjenige über den gegenwärtigen Gefangenenaustausch mit der litauischen Republik. — Nächste Sitzung Freitag: Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit u. a.

Schlußsitzung der Nationalversammlung.

Der Ausnahmezustand. — Schlußreden.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9,55 Uhr. Auf Anfrage Frau Grünberg (Soz.) wird regierungsseitig geantwortet, die Schaffung eines einheitlichen Hausangestellten-Rechts in Deutschland sei in Aussicht gestellt. — Auf Anfrage Järker (Soz.) wegen Sprengung an den Rheinbrücken bei Düsseldorf durch die Belgier wird regierungsseitig geantwortet, daß Vorstellungen wegen Einstellung der Sprengungen erhoben worden sind, über deren Resultat noch nichts gesagt werden kann. — Reichsminister Koch: Die Regierung ist gestern durch einen Beschluß der Nationalversammlung ersucht worden, den Ausnahmezustand aufzuheben. Die Regierung hat die Frage gestern einer vorläufigen Prüfung unterzogen. Sie hat in den letzten Tagen Nachrichten erhalten, die auf rechtsseitige revolutionäre Bestrebungen hinweisen. Auch die linksradikale Gefahr, besonders im Ruhrgebiet, ist noch nicht beseitigt, dort schweben auch noch zahlreiche Verfahren. Im Ruhrgebiet kann daher der Ausnahmezustand noch nicht aufgehoben werden, ebenso in Gotha, wo gesetzliche Zustände erst durch die Wahl am 30. Mai hergestellt werden sollen. In Bayern sind Erleichterungen geplant. Während der Wahl soll volle Versammlungs- und Pressefreiheit gewährt werden. Die endgültigen Prüfungen im Laufe der Woche werden ergeben, ob weitere Erleichterungen möglich sind. — Abg. Henke (U. S.): Diese Auslegung unseres gestrigen Beschlusses ist ein glatter Bruch der Verfassung. Die Erklärung der Reichsregierung nötigt uns, zu beantragen, daß die Nationalversammlung der Regierung das Vertrauen entzieht. — Reichsminister Koch: Von einem Verfassungsbruch kann keine Rede sein. (Zuruf bei den Unabh.: Jawohl! Die Regierung ist reaktionär!) In Gotha liegt ein Verfassungsbruch der Unabhängigen vor. Die anderen Parteien haben sich beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt. Die Verhältnisse in Bayern sind der dortigen Regierung am besten bekannt. Wir sind bereit, mit der bayerischen Regierung wegen weiterer Erleichterungen zu verhandeln. Die Reichsregierung wird von dem geraden Wege sich weder von rechts noch von links abdrängen lassen. — Abg. Henke (U. S.): Wir haben keine Garantien dafür, daß der Belagerungszustand nach den Wahlen aufgehoben wird. — Präsident Fehrenbach: Der Antrag hat nur 13 Unterschriften; es müssen 15 sein. Die Unterschriften reichen nicht aus. Damit ist die Sache erledigt. (Gelächter bei der Mehrheit.) — Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betr. die Stellung der Heeresjustitiare. Abg. v. Graefe (D. nl.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung. — Abg. Löbe (S.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Die Linke ist sehr stark besetzt, die Mitte des Hauses weniger, die Recht ist fast leer. Mit ja stimmen drei Abgeordnete, mit nein 208, anwesend sind 211 Mitglieder; zur Beschlußfähigkeit sind 212 Abgeordnete notwendig. — Präsident Fehrenbach beraumt die nächste Sitzung auf 11½ Uhr an mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Kundgebung des Reichspräsidenten. — Schluß 11,05 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die neue Sitzung um 11,45 Uhr. Der Präsident verliest eine Kundgebung des Reichspräsidenten, die Tagung der Nationalversammlung sei reich gewesen an Arbeit und Leiden. Es sei dem Reichspräsidenten Ehre und Pflicht, dafür zu danken. Die Anschauungen eines ganzen Volkes hätten den neuen Verhältnissen angepaßt werden müssen, auf denen es seine Geschichte aufbauen wird. Alles sei noch in Fluß. Die deutsche Revolution sei noch nicht abgeschlossen. Grundfesten in das Chaos hineinzubauen, sei die Arbeit der Abgeordneten gewesen. Man werde ihrer in Treue als die ersten Arbeiter am Baue gedenken, wenn einst dessen Richtfest gefeiert werde. Die geistigen Waffen seien die einzig erlaubten im bevorstehenden Wahlkampfe. Der Weg der Gesetzmäßigkeit sei der einzige, der aufwärts führe. (Zwischenruf der Frau Zietz. Beifall. Zuruf: Zietz raus!) — Reichskanzler Müller: Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Der Friedensschluß hat die schlimmsten Bedrohungen vom Reiche abgewandt. Die Bestimmungen des Friedensvertrages werden noch lange die Richtlinien für unsere politische Arbeit geben. Die Treue gegen alle, soweit die deutsche Zunge klingt, haben wir gewahrt. Selten hat ein Parlament so unter dem Zwang einer versunkenen Epoche gelitten, wie dieses, selten wurden einem Volke so bittere Arzneien gereicht. Der Tag der gerechten Anerkennung für ihre Leistungen wird kommen. Europa kann ohne Deutschland nicht sein. Es ist höchste Zeit, daß diese Wahrheit in Europa Allgemeingut wird. — Abg. v. Payer (Dem.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus. Der Präsident hat nie Gleichmut, Humor und Unparteilichkeit verloren, trotz der stürmischsten Vorgänge. Er hat den höchsten Anforderungen entsprochen. Dafür dankt die Nationalversammlung ihrem würdigen Präsidenten. (Beifall.) — Präsident Fehrenbach dankt von ganzem Herzen. Es sei nicht immer leicht gewesen, die Geschäfte zu leiten, doch sei er bestrebt gewesen, absolute Gerechtigkeit walten zu lassen. Den Dank des Hauses möchte er ausdehnen auf die Vizepräsidenten und Schriftführer, ebenso auf das Büro, die Beamten, Angestellten und Diener männlichen und weiblichen Geschlechts. Die Presse habe der Stetigkeit des Hauses eine mühevolle Arbeit gewidmet. Leider habe der Senior des Hauses, Abgeordneter Payer, seinen Schwanengesang getan. Er gebe ihm die herzlichsten Wünsche in die schwäbische Heimat mit. Er nehme an und hoffe, daß dieses die letzte Stunde der Nationalversammlung sei. Die Geschichte werde die Tätigkeit derselben würdigen. Für das Haus nehmen wir in Anspruch, daß es nur zum Besten des deutschen Volkes gearbeitet hat. Trotz aller Gegensätze habe die Versammlung dem Volke das Beispiel eines zielbewußten Arbeitswillens gegeben. Möge das deutsche Volk sich in Arbeit und Zucht zusammenfinden. Zu hoffen sei die Vereinigung mit den getrennten Stammesbrüdern in Österreich. (Beifall.) Mit den besten Wünschen für alle schließe ich die Nationalversammlung. — Schluß 12¼ Uhr.

Die Landtagswahl im Oktober.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen die Wahlen zum preußischen Landtag im Oktober stattfinden.

Der Ausnahmezustand.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde durch eine Zufallsmehrheit der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten ein Antrag der Unabhängigen angenommen, in welchem sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes im ganzen Reiche gefordert wird. In der Sitzung sprach sich schon die Regierung gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes aus, und trotz des Beschlusses, gegen den auch das Zentrum und die Demokraten sind, wird die Aufhebung auch nicht erfolgen. Innerhalb der Koalitionsparteien fanden gestern nachmittag noch interfraktionelle Besprechungen statt. Heute früh tritt die mehrheitssozialistische Fraktion zusammen, um sich gleichfalls mit der Frage, wie sich eine Übereinkommen erzielen lasse, zu beschäftigen. Reichskanzler Müller hat erklärt, daß der Belagerungszustand nur da aufrecht erhalten werden soll, wo es nicht zu umgehen sei und daß er auch möglichst milde gehandhabt werde. Die sofortige Aufhebung für das ganze Reichsgebiet ohne Ausnahme könne die Regierung aber nicht verantworten.

Deutsche Richtlinien für Spa.

Der Berliner Mitarbeiter der Neuen Züricher Zeitung drahtet seinem Blatte, daß die deutsche Regierung unbeschadet des Vertrages von Versailles Richtlinien für die deutsche Haltung in Spa vereinbart habe. Deutschland will nunmehr folgende Anträge einbringen: 1. eine neue Aufstellung über die Kriegsschäden und den Zahlungsmodus; die deutsche Regierung will dabei auf die große Bedeutung hinweisen, die ein etwaiger Verlust Oberschlesiens für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands habe, 2. will die deutsche Regierung nachweisen, wie notwendig für Deutschland ein Teil seiner Kolonien sei, 3. die Notwendigkeit eines Kredits zur Beschaffung von Rohstoffen. Der 4. Antrag beschäftigt sich mit Transportfragen und Frachtenbestimmungen. 5. wird die Notwendigkeit begründet, die alliierte Besatzungsarmee zu verringern und die Zahlung in Gold dafür zu stunden. Wenn die Entente diese Bedingungen annehme, so würde sich Deutschland bereit erklären und in der Lage sein, die verwüsteten Gegenden in Frankreich wieder aufzubauen und deutsche Arbeitslose dazu verwenden. Schließlich werde Deutschland noch die Erlaubnis fordern, ein Heer von 200 000 Mann zu halten, und weiter will Deutschland sofort zum Völkerbunde zugelassen werden.

Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftskonferenz.

In Paris wurden gestern die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen im Handelsministerium eröffnet. Ein Meinungsaustausch über den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftslage ergab vollständige Übereinstimmung. Dann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelberatungen zusammen.

Zur Konferenz in Hythe.

Die Westminster Gazette schreibt zu dem Ergebnis der Konferenz in Hythe: Wir sind und bleiben davon überzeugt, daß es gut und richtig wäre, eine mäßige Entschädigungssumme festzusetzen, die die Deutschen voraussichtlich innerhalb von 12 bis 15 Jahren bezahlen könnten und den Deutschen die Art der Bezahlung zu überlassen, wobei im Unterlassungsfalle gewisse Strafen festzusetzen wären. Der Plan, von dem einige Korrespondenten sprechen, eine hohe Mindestsumme festzusetzen, deren Zahlung sich über einen Zeitraum von 30 Jahren erstrecken würde und diese Summe in dem Maße in die Höhe zu schrauben, wie Deutschland sich erholt und seine „Zahlungsfähigkeit" vermehrt, ist unseres Erachtens durch und durch schlecht. Er würde auf die Dauer wahrscheinlich gerade das Gegenteil des erstrebten Zieles erreichen. Niemand kann die künftige Gestaltung und Entwicklung während einer so langen Zeit, wie es 30 Jahre sind, übersehen. Wir sind überzeugt, daß solche Gedanken niemals Wurzel gefaßt hätten, wenn die Staatsmänner, die sie am Leben erhalten, sich nicht nach dem Waffenstillstand selbst durch ihre Versprechen die Hände gebunden hätten.

Aus London meldet Reuter: Chamberlain erklärte, daß auf der Konferenz in Hythe keine endgültigenden Beschlüsse getroffen worden sind. Es sei aber anerkannt worden, daß es wünschenswert ist, eine Lösung für die aus diesen und ähnlichen Schulden an die anderen Alliierten sich ergebenden Probleme zu finden. Gleichzeitig müsse der Gesamtbetrag der deutschen Wiedergutmachung und die Zahlungsmethode festgesetzt werden. Chamberlain fügte hinzu, es sei keine Rede davon, daß einer der Alliierten bezüglich der Beträge die für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehen, ein Vorzugsrecht erhalte.

Asquith für Revision des Friedensvertrages.

In einer Rede in Westminster sprach sich Asquith für die sofortige Revision des Versailler Friedens aus, welche bei der gegenwärtigen Lage Europas das einzige Mittel sei, um die verworrenen Zustände zu heilen. Der Völkerbund müßte mit allen möglichen Machtmitteln ausgestattet werden, um zwischen den Völkern zu vermitteln. Die Welt habe das größte Bedürfnis, daß die Arbeitsfähigkeit Europas sich frei entwickele. Das könne aber nur durch einen allgemeinen Frieden geschehen, der durch die allseitige Abrüstung sichergestellt sein müsse. Notwendig sei auch, den Obersten Rat der Alliierten abzuschaffen und ihn durch den Völkerbund zu ersetzen, in welchem alle Neutralen und die früheren Feinde Englands zugelassen werden müßten.

Deutsche Forderung auf Brückenkopfräumung in Spa?

Chikago Tribune berichtet, daß die deutsche Regierung in Spa die Räumung der Brückenköpfe am Rhein durch die Besatzungstruppen der Alliierten verlangen werde. Deutschland berufe sich darauf, daß der Unterhalt dieser Truppen jährlich drei Milliarden koste, welche man besser zur Bezahlung der Entschädigungen verwenden könnte. Da diese Besetzung 15 Jahre dauern solle, werde sie 45 Milliarden verschlingen. Chicago Tribune fügt hinzu, daß dieser Vorschlag Deutschlands zweifellos den lebhaften Widerspruch Frankreichs finden werde, welches heute keine andere Sicherheit für die Durchführung des Friedens besitze als die Besetzung der Rheinlande. Deutschland habe aber Vertrauen zu Amerika und England, und es sei zweifelhaft, ob Wilsons Nachfolger bereit sein werde, die amerikanischen Soldaten am Rhein zu belassen. England habe an der Besetzung des Rheingebietes immer weniger Interesse bewiesen und habe in Köln sogar weniger Soldaten als selbst Amerika in Koblenz. Deutschland versichere auch, daß die Alliierten in einer eventuellen Blockade genügende Sicherheit für die Durchführung des Friedens hätten.

Die erste Sitzung des neuen Reichstages.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll die Regierung beabsichtigen, den neu gewählten Reichstag bereits am 16. Juni, also 10 Tage nach der Wahl, einzuberufen, und zwar mit Rücksicht auf die am 21. Juni beginnende Konferenz in Spa.

Spa endgültig am 21. Juni.

Die Londoner Times melden: Die Konferenz von Spa ist nunmehr endgültig auf den 21. Juni festgesetzt worden. Alsdann werden die Wahlen in Deutschland beendet sein und die Alliierten werden wissen, wie sie vorzugehen haben.

Die europäischen Kriegslasten.

Der französische Senat begann gestern die Beratung der Steuergesetze. Der ehemalige Senatspräsident Dubost erklärte, die Kriegsschulden müßten von den Kriegführenden, Siegern oder Besiegten, liquidiert werden. Man müsse internationale Steuern, vielleicht durch Besteuerung der Rohmaterialien, einführen und einen großzügigen Reinigungsplan durchführen. Dubost empfiehlt, daß man den Schweizer Franken als internationalen Maßstab annehme. Dann würde man die Gesamtheit der Schulden aller kriegführenden Nationen ausschließlich der Balkanstaaten, von 805 Milliarden auf 595 Milliard. herabsetzen. Durch einfache Beschließung könnte diese Maßnahme durchgeführt werden. Die Festsetzung einer Pauschalsumme für die deutsche Schuld finde seinen Beifall. Finanzminister Marsal erkannte an, daß internationale Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müßten. Ueber die in England gepflogenen Verhandlungen erklärte er, nichts sagen zu können, da sie noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt hätten.

Die Liste der Kriegsbeschuldigten.

Wie von zuständiger Stelle in Leipzig mitgeteilt wird, ist die von Berlin aus verbreitete Meldung, daß in der neuen Liste der Entente über die Kriegsbeschuldigten genaue Angaben gemacht und Zeugen genannt sind, unzutreffend. Beweisangaben und Zeugenbenennungen sind überhaupt noch nicht gemacht. Richtig ist nur, daß die neue Liste einige weitere Angaben über de Beschuldigten und die ihnen zur Last gelegten Handlungen enthält. Diese Angaben sind aber so mangelhaft, daß sich darauf eine Anklage nicht aufbauen läßt.

Entrüstung in Amerika über die schwarze Schmach.

Wie aus Newyork gemeldet wird, bringen die amerikanischen Zeitungen ausführliche Schilderungen von den Skandalen, die durch die farbigen Besatzungstruppen im besetzten deutschen Gebiet hervorgerufen sind. Die Deutsch-Amerikaner sind empört über die begangenen Schandtaten.

Eine Rede Bonar Laws.

Laut Telegraaf erklärte Bonar Law in seiner Rede über die bevorstehende Konferenz in Spa: Sowohl die französische wie auch die englische Regierung legten den größten Wert auf die Entwaffnungsfrage, die in erster Linie in Spa besprochen werden solle, worin ein erster Schritt nach dem Frieden getan sein würde. Was die Frage der Wiedergutmachung betreffe, so sei die englische Regierung der Ansicht gewesen, daß es bei aller Rücksichtnahme auf Frankreich nicht billig gegenüber der britischen Nation und besonders gegenüber den Dominien sei, die soviel Opfer gebracht, daß einer der Alliierten den Vorrang erhalten solle. Bonar Law sagte, die Besprechung in Spa würde ein Markstein auf dem Wege zu normalen Beziehungen mit den vormals feindlichen Ländern bedeuten. In Spa soll ein **offenherziger Gedankenaustausch** stattfinden, und wenn die deutsche Regierung dorthin mit der aufrichtigen Absicht kommt, den Friedensvertrag auszuführen, so werde die Konferenz gute Früchte tragen. Bonar Law erkannte an, daß unmittelbar nach dem Waffenstillstand Unmögliches von Deutschland verlangt worden war, aber die Stimmung schlage jetzt in das andere Extrem um. Die englische Regierung würde aber niemals einverstanden sein, daß Länder, denen der Krieg aufgezwungen ist, finanziell schlechter davon kommen, als die Anstifter. — Betreffend Polen sagte Bonar Law, die englische Regierung habe dieses Land in keiner Weise zum Kriege angestiftet. Im Gegenteil habe Lloyd George im Januar dem polnischen Minister des Aeußern erklärt, die britische Regierung könne die polnische unmöglich zum Kriege ermutigen. Bonar Law erklärte dann zum Schluß, die Regierung stehe dem Völkerbund keineswegs kühl gegenüber und wünsche nichts lieber, als den Völkerbund so schnell wie möglich in Wirksamkeit treten zu sehen. Seine Intervention anzurufen werde aber durch die Haltung Amerikas nicht gerade leicht gemacht. Was die Idee betreffe, die Arbeiten des Obersten Rates an den Völkerbund zu übertragen, so muß berücksichtigt werden, daß der Völkerbund sich ausschließlich mit der Lösung von Friedensproblemen beschäftigen werde. Wenn die Lösung von Kriegsproblemen dem Völkerbund übertragen werde, so würden die Neutralen sicher nicht daran teilnehmen und man würde auf diese Weise die Wirksamkeit des Völkerbundes unmöglich machen.

Die internationale Anleihe.

Laut Nieuwe Courant schreibt Evening Standard: In etwa 10 Tagen werden die Finanzsachverständigen ihren Beschluß bekanntgeben, ob die grundsätzlich beschlossene internationale Anleihe an Deutschland sich auf alle Finanzverpflichtungen Deutschlands erstrecken soll. Jedenfalls wird die Anleihe erst nach der Konferenz in Spa und der Brüsseler Finanzkonferenz ausgeschrieben.

Verfolgung der Beteiligten am Kapp-Putsch.

Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Der Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrministerium entschieden sind. Auch die Enthebungen und Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt wurde erkannt in den Fällen: Oberst Czettritz, Oberleutnant Rotnagel, Oberleutnant Guhr, Major von Falkenhausen, Major Bomke, Hauptmann Hallmeister, Hauptmann Waas, Leutnant Scheele, Leutnant Mittes und Heim, Vizeadmiral von Trotha, Kapitän zur See Wossidlow, Kapitän zur See Förtsch, kommandierender Admiral von Levetzow, Oberleutnant zur See Pohl. In weiteren 25 Fällen wurde unter Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt die Beurlaubung ausgesprochen. Versetzt wurden 6 Offiziere. In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

Die internationale Bergarbeiterkonferenz.

Der Beginn der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf ist auf den 2. August festgesetzt worden. Man erwartet Vertreter aus England, Amerika, Rußland, Polen, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Oesterreich und der Tschecho-Slowakei. Der britische Bergarbeiterführer Frank Hodge, der Nachfolger des erkrankten Smillie, betont in einer im Labour Leader abgedruckten Besprechung der Aufgaben des Kongresses den starken politischen Einfluß, den die Bergarbeiterschaft durch die Macht politischer Waffen auszuüben vermöge, indem er u. a. sagt: Die Arbeiter, die die wichtigsten Industrien in der Hand halten, hätten den Schlüssel zu Krieg und Frieden in der Tasche. Weiter führt Hodge aus: Jede von den englischen Bergarbeitern eingeleitete internationale Bewegung habe zum Ziel die Ausmerzung des Kapitalismus und die Loslösung der Kohlenindustrie und der Arbeiterschaft von dem jetzt herrschenden System. Der erste Schritt auf der Konferenz werde die Diskussion der grundlegenden Aenderungen bilden, durch die die Industrie hindurchgehen müsse, um der Welt das zu geben, was sie bedarf. Die Engländer werden einen Antrag stellen, daß in jedem Lande der Nationalbesitz der Bergwerke unter der Kontrolle des produktiven Personals der Industrie gesichert ist. Es soll versucht werden, die Kohlenerzeugung der Welt zu regulieren und in allen Ländern die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages durchzusetzen, da nach wissenschaftlicher Feststellung der sechsstündige Arbeitstag bei Inanspruchnahme aller intellektuellen und technischen Kräfte zur Deckung des Weltbedarfs ausreiche. Kein Land solle durch Verwendung von überarbeiteten und unterbezahlten Arbeitern mehr in den Stand gesetzt sein, besondere Gewinnvorteile auf dem Weltmarkt zu erzielen. Es sollen internationale Mindestlöhne festgesetzt werden, die auch für die indischen und chinesischen Arbeiter gelten sollen. Man werde auf diesem Wege eine Organisation schaffen, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe. Alle Mittel zur Hebung der Erzeugung, zur Verringerung der Arbeitszeit und zur Ersparung an Kosten und Arbeitskraft müßten zum Vorteil aller Länder kommunisiert werden. Zum Schluß sagt Hodge: Die Bergleute hoffen die ersten zu sein, denen es gelinge, eine vollkommene internationale Union zu schaffen und damit ein Instrument zu gewinnen für die Verwaltung des Weltbedürfnisses.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

(Nachdruck verboten.)

Aber ihr langes Fortbleiben sprach doch zu sehr gegen diesen Verdacht, so daß er allmählich ganz schwieg. Dazu kam die neuerliche Nachricht, daß sie zurückgekehrt sei, und zwar in Begleitung eines bildschönen jungen Mannes, der nun auf Wintersbach wohnte.

Als Ritter diese Nachricht ins Haus geflattert war, wurde er unruhig. Er lief tagelang im Walde herum, oder ritt auf die entferntesten Förstereien hinaus und erschien zum Schrecken seiner Untergebenen bald da, bald dort, immer in strengen Worten die kleinsten Fehler rügend. Seine Frau beobachtete ihn und sagte sich im stillen, daß in seiner Seele eine neue Leidenschaft gäre, deren Ausbruch in der nächsten Zeit zu erwarten sei. In der Tat stand es so um ihn. Die Gräfin war seit einer Woche auf Wintersbach und hatte noch nicht ein einziges Wort nach dem Wolfgang gesandt. Ritter fühlte je länger je mehr, daß sich seiner eine furchtbare Aufregung bemächtigte, zumal immer und immer wieder die Nachricht von einer baldigen Verlobung der so heiß Begehrten auftauchte.

So trieb er sich wieder eines Morgens auf einer düsteren Waldschneise, die Löbausches vom fiskalischen Revier trennte, lässig den rechten Arm auf dem Lauf seiner leichten Büchse gelehnt, herum. Da kam um eine Waldecke ein hochgewachsener junger Mann mit einem kühnen, fast olivenfarbigen Gesicht, aus dem melancholische Augen in den Wald hineinblickten. Ein weicher schwarzer Schnurrbart, den er nach Tartarenart lang herabhängend trug, gab seinem Gesicht noch einen ganz besonderen Reiz, wozu das seltsame Kostüm gewiß nicht wenig beitrug. Kein deutscher oder englischer Jäger würde sich so angezogen haben, denn der Mann, der jetzt auf ihn zukam, trug enganliegende Hosen von Hirschleder mit langen buntgestickten Gamaschen und einem ebenso buntgestickten hirschledernen Koller.

Das konnte nur der zukünftige Bräutigam der Gräfin Löbau sein, und Ritter hielt ihn, um sich zu vergewissern, wie es sein Recht als Forstbeamter war, an.

„Verzeihen Sie, Herr, ich möchte Ihren Jagdschein sehen," sagte er in strengem Ton.

„Sehr gern," antwortete der Herr in einem leicht wienerisch klingenden Deutsch und reichte ihm den Paß.

Ritter las den Namen Marquis d'Oliveira aus Veracruz.

„Danke, Herr Marquis, darf ich nun noch um Ihren Erlaubnisschein bitten, denn wie ich annehme, jagen Sie auf Löbauschem Gebiet, da Sie von mir keine Erlaubnis eingeholt haben?"

„Ganz recht," antwortete der Mexikaner und reichte dem Oberförster auch den von der Gräfin unterzeichneten Erlaubnisschein hin.

Das mußte Ritter genügen, denn es war ihm bekannt, daß bei der Verpachtung an Dreher die gräfliche Forstverwaltung sich das Recht ausbedungen hatte, für die Wintersbacher Küche ihren Bedarf an Wild selbst abzuschießen. Der Pachtpreis war dementsprechend ermäßigt worden.

Der junge Mann wollte noch etwas sprechen, aber Ritter wandte ihm brutal den Rücken und bog, ohne sich umzusehen, in den königlichen Forst ab.

Der Marquis sah ihm kopfschüttelnd nach und ging dann seines Weges weiter.

Wilde, leidenschaftliche Gedanken durchbrausten den Kopf Ritters. Also einen exotischen Zierbengel hatte sie sich mitgebracht, um ein für allemal seiner Liebe ein Hindernis entgegenzusetzen, und sie wußte doch, daß es für ihn nichts gab, was ihn von ihr getrennt hätte. Sie mußte wissen, daß er kühn genug war, jedes Hindernis aus dem Weg zu räumen. Es schien ihm sehr mutig, nach Wintersbach zurückzukehren und sich einen solchen Wächter mitzubringen. Aber so sind die Frauen.

Wie hatte er sie geliebt, er war gewissermaßen geblendet gewesen von ihrer Schönheit, und wie hatte sie ihn geliebt. Wieviel tausend Male hatte sie ihm versichert, sie könne es nicht mehr ertragen, in der verhaßten Ehe fortzuleben; aber jedesmal, wenn er den letzten Schritt mit ihr tun wollte, waren ihr kühle Bedenken aufgestiegen.

Was hatte sie dann alles vorgebracht: Du weißt, daß ich nicht leben kann ohne Gesellschaft. Man würde uns ächten, ausstoßen, wollten wir wie zwei Verbrecher bei Nacht und Nebel davongehen, und ich wüßte auch nicht, wovon wir leben sollten. Dein bißchen Vermögen reicht doch nicht aus, zwei Familien zu ernähren.

Als ob er das nötig gehabt hätte, wenn er einfach mit ihr nach Italien, nach der Türkei, nach Aegypten gereist wäre, ohne jemals nach Deutschland zurückzukehren.

Die Sehnsucht würde sie töten, hatte sie da gemeint, und dann war plötzlich das Furchtbare geschehen, der Graf war erschossen worden. Erbe des gewaltigen Vermögens war sein zweijähriger Sohn und Besitzerin die Mutter, solange sie lebte. Nun wäre ja alles gut gewesen, nun hätten sie ja leben können, aber nun floh sie vor ihm.

„Ich kann nicht auf Kosten deiner Gattin und deiner süßen Kinder glücklich sein. Wir müssen uns trennen."

Drei Jahre beinahe waren seitdem vergangen, furchtbare Jahre. Ritter hatte sich betäubt in allen möglichen wüsten Orgien, und er hatte geglaubt, das Bild der Gräfin aus seiner Seele verbannt zu haben. Nun war sie zurückgekehrt und mit ihr die alte wilde Leidenschaft, die ihm die Tiefen der Seele aufwühlte, die sein Blut kochen machte, und die ihn Tag und Nacht peinigte. Ruhe war nur bei ihr, das fühlte er.

Und sie, was tat sie? Sie brachte sich einen hübschen Bengel mit, den sie irgendwo aufgegriffen hatte und den sie wahrscheinlich liebte. Falsche elende Weiber! Ob seine Leidenschaft denn so wenig vermöchte, ob er nicht dieses Schokoladengesicht im ersten Ansturm auf den Sand setzte, das wollte er doch einmal sehen.